

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

# Wochenbericht

23. Jahrgang

Berlin, den 26. Oktober 1956

Nummer 43

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

## Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte Oktober 1956

### Die internationale Konjunktur

Nach wie vor charakterisieren offene und latente Preisauftriebstendenzen bei verlangsamtem realem Fortschritt das konjunkturelle Bild der Volkswirtschaften der westlichen Welt. Dabei hat sich das Schwergewicht in der Bekämpfung der Preisauftriebe von rein monetären zu fiskalpolitischen Maßnahmen und vor allem zu einer unmittelbaren Einflußnahme der wirtschaftspolitischen Instanzen auf die Preisgestaltung verschoben. Diese Verlagerung erklärt sich aus der Tatsache, daß in fast allen Ländern deutlich wurde, daß die restriktive Geld- und Kreditpolitik, vor allem da, wo sie durch finanzpolitische Maßnahmen unterstützt wurde, zwar eine gewisse Dämpfung der effektiven Nachfrage bewirkt hat, jedoch keineswegs den Preisauftrieb überwinden konnte. Da man eine drastische Verschärfung der geld- und kreditpolitischen Maßnahmen nicht nur wegen der damit eventuell heraufbeschworenen Gefahr einer „recession“, sondern auch wegen der unerwünschten Rückwirkungen auf die Investitionstätigkeit, die über die künftigen realen Expansionsmöglichkeiten entscheidet, ablehnt, bemühen sich die wirtschaftspolitischen Instanzen zunehmend, über Preismanipulationen, die zum Teil auf freiwilligen Übereinkünften, zum Teil auf gesetzlicher Grundlage basieren, eine Preisberuhigung zu erzwingen. Nach den bisherigen Erfahrungen sind jedoch die Aussichten gering, daß es gelingen wird, mehr als einen Zeitgewinn durch derartige Preisregulierungen zu erringen, solange die wirtschaftliche Konstellation der Durchsetzung immer neuer Preis- und Lohnforderungen günstig ist. Allerdings mehren sich die Anzeichen, daß die Kenntnis in weitere Kreise, so zum Beispiel in Schweden in Gewerkschaftskreise, vordringt, daß einer autonomen Preis- und Lohnpolitik in den außenwirtschaftlichen Beziehungen Grenzen gezogen sind.

Von einigen entscheidenden Ausnahmen abgesehen (Bundesrepublik, Belgien und bis zu einem gewissen Grade auch Vereinigte Staaten) liegen die gegenwärtigen Auftriebskräfte überwiegend in der heimischen Nachfrageentfaltung. Da, wo die Gold- und Devisenreserven oder aber eine

aktive Dienstleistungsbilanz, wie zum Beispiel in Frankreich und den Niederlanden einerseits und in Italien und Norwegen andererseits, eine vermehrte Gütereinfuhr erlaubten, konnten die Spannungen am Binnenmarkt und damit der Preisauftrieb gemildert werden. Auch wenn, wie in dem Falle von Frankreich, die Aufnahme eines Kredites bei dem internationalen Währungsfonds ausschließlich mit dem Ziele erfolgt, eine zusätzliche Einfuhr bis zu einer ausreichenden Angebotssteigerung des heimischen Marktes zu ermöglichen, so ist hiergegen grundsätzlich wohl kaum etwas einzuwenden. Problematisch ist die gegenwärtige Situation auch nicht deshalb, weil einzelne Länder ihre in den letzten Jahren angereicherten Gold- und Devisenbestände wieder abbauen — die ja wohl zu keinem anderen Zweck als zur Ermöglichung einer Mehreinfuhr angesammelt worden sind — als vielmehr die Tatsache, daß die für die letzten Jahre typischen Gläubigerländer auch in der gegenwärtigen Konstellation weiter Ausfuhrüberschüsse erzielen.

Neben der deutschen außenwirtschaftlichen Entwicklung ist nicht nur die Außenhandlungsgestaltung der Vereinigten Staaten in der letzten Zeit zu wenig beachtet worden, auch die wachsenden Schwierigkeiten der typischen Rohstoffexportländer wurden in den Hintergrund gedrängt. Diese Länder haben unter der Verschlechterung ihres terms of trade Einbußen hinnehmen müssen, die sie gezwungen haben, die Produktivitätsfortschritte, die unzweifelhaft gerade bei den landwirtschaftlichen Produkten recht groß gewesen sein dürften, an die Industrieländer ohne eine entsprechende Gegenleistung weiterzugeben. Daß die Devisensituation der überseeischen Rohstoffgebiete trotz der ungünstigen Entwicklung ihrer terms of trade nicht zu noch größeren Komplikationen und zu weiteren Einfuhrbeschränkungen Anlaß gegeben hat, ist in erster Linie auf den zwar nur noch langsam wachsenden, aber absolut gesehen doch hohen Importbedarf der Industrieländer zurückzuführen. Erhöhte Mengenlieferungen konnten teilweise den Devisenausfall aus der Preisentwicklung wettmachen.

So verständlich der Wunsch der Vereinigten Staaten, ihre hohen agrarischen Überschüsse ab-

zubauen, unter binnenwirtschaftlichen Aspekten auch sein mag, so wenig sinnvoll scheint der forcierte Auslandsabsatz zu Lasten der Entwicklungsländer, vor allem wenn die Empfänger derartiger Lieferungen — wie etwa die Bundesrepublik — über hohe Devisenpolster verfügen. Diese Kritik kann auch nicht dadurch entkräftet werden, daß die erhöhte amerikanische Ausfuhr in der jüngsten Vergangenheit von einem steigenden Kapitalexport begleitet gewesen ist, der es der übrigen Welt ermöglicht hat, trotz eines wachsenden amerikanischen Aktivsaldo im kommerziellen Verkehr ihren Bestand an Gold und Devisen als Ganzes gesehen weiter zu erhöhen.

Diese ungleichgewichtige Entwicklung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern einerseits, den Vereinigten Staaten und der übrigen Welt andererseits, aber auch innerhalb der europäischen Länder selbst, zeigt, daß weder ein Durchbruch nach vorn — wie er mancherorts gefordert wird — also etwa eine volle Konvertibilität der D-Mark und des Pfundes, noch eine einseitige Änderung einer besonders exponierten Währung hier grundsätzliche Hilfe bringen wird, ja, daß selbst eine vielschichtige Wechselkursbereinigung hier keine Garantie für eine gleichgewichtige Entwicklung sein kann, solange nicht eine internationale Abstimmung der Wirtschaftspolitik verwirklicht wird.

#### Westdeutschland

Die konjunkturelle Situation Westdeutschlands wird gegenwärtig durch Entwicklungstendenzen gekennzeichnet, die trotz der zumindest vorübergehend eingetretenen Preisberuhigung nicht ohne weiteres auf Milderung jener Spannungen hinweisen, die aus der schon seit längerem feststellbaren Verlangsamung des allgemeinen Fortschritts und der nach wie vor fehlenden Anpassung der nominalen an die reale Seite des verlangsamt wachsenden Sozialproduktes resultieren.

Das Kardinalproblem dieser Spannungen, also letztlich das Problem, den Fortschritt inflationsfrei zu halten, ist zwar gerade in den vergangenen Monaten insofern scheinbar einer Lösung näher gebracht worden, als der bislang wichtigste Störungsfaktor der allgemeinen Preisstabilität, nämlich die übersteigerte Investitionstätigkeit im Inland, inzwischen soviel an expansiver Kraft verloren hat, daß von dieser Seite her Preissteigerungstendenzen, die für die allgemeine Preisentwicklung von Gewicht wären, zunächst nicht mehr durchgesetzt werden konnten. Aber diese Preisberuhigung, die in erster Linie Folge der im Zuwachs stark verringerten Nachfrage nach Investitionsgütern war, ist gleichzeitig mit einer im Zuwachs ebenfalls stark nachlassenden Erzeugung der Investitionsgüterindustrien Hand in Hand gegangen. Die Abflachung des güterwirtschaftlichen Fortschritts hat sich somit in der Investitionsgütererzeugung besonders deutlich niedergeschlagen. Auch in den übrigen Bereichen der industriellen Erzeugung setzte die übliche saisonale Ruhepause in Bestellmöglichkeit und Erzeugung in diesem Jahr nicht nur früher als in den vergangenen Jahren ein, sondern sie hielt auch länger an. Die Wachstumsrate der Auftragseingänge und der Erzeugung im industriellen Bereich erreichte so im August dieses Jahres ihren seit drei Jahren niedrigsten Stand. Die Auftragsbestände der gesamten Industrie haben im

Durchschnitt nicht mehr zugenommen, sondern sind zurückgegangen.

Gegenüber diesen retardierenden Kräften einer im Fortschritt stark nachlassenden inländischen Investitionstätigkeit haben sich die autonomen, d. h. unabhängig von der Investition entstehenden Einkommen in ihrem Fortschritt nicht beeinflussen lassen. Dies führte vor allem zu weiter steigenden Masseneinkommen und — bei nicht entsprechend höherer Sparleistung der Einkommensempfänger — zu gesteigerter Nachfrage im Bereich des privaten Verbrauchs. Allerdings hat sich dieser Zuwachs der Masseneinkommen im Bereich der Verbrauchsgütererzeugung keineswegs entsprechend ausgewirkt. Die Erzeugung von industriellen Verbrauchsgütern hat ihren Fortschritt zwar gehalten, aber nicht verstärkt; die Auftragseingänge sind sogar in ihrem Wachstum sehr beträchtlich zurückgegangen. Dieser Widerspruch zwischen der Entwicklung der Masseneinkommen und der Sparrate einerseits und der Entwicklung der Aufträge und der Erzeugung in der Verbrauchsgüterindustrie andererseits findet zunächst durch die seit längerem festzustellende Verlagerung des privaten Verbrauchs in Richtung erhöhter Beanspruchung von Dienstleistungen (zum Beispiel Reisen) und von Erzeugnissen der Investitionsgüterindustrien, des weiteren aber auch wahrscheinlich dadurch eine Erklärung, daß der Einzelhandel der gestiegenen Verbrauchernachfrage durch Abbau von Lagerbeständen entsprochen hat. Hinzukommt, daß auch die von der außenwirtschaftlichen Entwicklung ausgehenden monetären Impulse sich in den vergangenen Monaten außerordentlich verstärkt haben. Das Fortschrittstempo der Ausfuhr hat sich stetig beschleunigt, während die Einfuhr nach wie vor erheblich langsamer zunimmt.

Welcher der immer wieder angeführten Gründe auch für diese Scherenbewegung der Ein- und Ausfuhr maßgebend sein mag — wie etwa die unterschiedliche Preis- und Kostenentwicklung eines Teiles unserer Abnehmerländer gegenüber der heimischen Preis-Kosten-Entwicklung oder der stetig wachsende Auslandsbedarf nach den Erzeugnissen unseres für diesen Bedarf besonders geeigneten Ausfuhsortiments —, entscheidend wird jetzt in zunehmendem Maße die Frage, ob und wie lange wir diese Scherenbewegung auch dann in Kauf nehmen sollten, wenn die übrige Welt, d. h. praktisch unsere westeuropäischen Schuldnerländer weiter bereit und in der Lage sind, ihre zu starke innere Expansion mit Gold- und Devisenverlusten zu bezahlen. Solange Westdeutschland jedenfalls in einer konjunkturellen Konstellation wie der gegenwärtigen steht, in der die für die Verwendungsseite des Sozialproduktes maßgebenden Faktoren, also vor allem der private Verbrauch und die diesen Verbrauch ermöglichende nominale Einkommensentwicklung, das real Mögliche der Erzeugungsseite tendenziell zu übersteigen droht und damit Preisstabilität keineswegs gewährleistet ist, erscheint die stetige zusätzliche Beanspruchung dieser Verwendungsseite durch hohe und wachsende Ausfuhrüberschüsse nicht mehr sinnvoll. Dies gilt besonders für den Fall, daß die monetären Impulse dieser Überschüsse auf dem Wege finanz- und kreditpolitischer Drosselung dazu zwingen, ungewollt das gesamtwirtschaftliche Wachstum

ständig unter dem an sich möglichen Optimum zu halten. Entscheidend und primär getroffen durch eine derartige Drosselung wird nämlich nach den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit die Investition und damit früher oder später die Gesamterzeugung. Der Widerspruch zwischen güterwirtschaftlicher und monetärer Entwicklung wird naturgemäß dann besonders verschärft, wenn — wie dies in Westdeutschland in absehbarer Zeit der Fall sein wird — neben den bereits vorhandenen neue autonome nominale Einkommenserhöhungen wirksam werden (Rentenreform, Steuerermäßigung usw.). Mit Recht wird der vom Ausland empfohlene Anschluß an die internationale Konjunktur über steigende Inlandspreise abgelehnt, aber die Gefahr, daß dieser Anschluß, gewissermaßen auf ungewolltem Wege, wie etwa über eine weitere Verringerung der realen Fortschrittsrate, über ein weiteres Nachlassen der Inlandsinvestition, über nachlassende Inlanderzeugung und damit letztlich doch über eine Anhebung des inländischen Preisniveaus erfolgen könnte, sollte nicht ganz außer acht gelassen werden.

Wie sehr sich bereits in nächster Zukunft erneut das Problem der Sicherung eines optimalen, von Preissteigerungen möglichst freien Wachstums der Gesamterzeugung stellen wird, wird dadurch angedeutet, daß die schon seit längerem von wichtigen Grundstoffbereichen (Kohle und Stahl) geforderten Preiserhöhungen jetzt verwirklicht werden sollen. Diesen Preiserhöhungen wird man schon deshalb Gewicht beilegen müssen, weil sie sich zum Teil unmittelbar, wenn auch vielleicht nur geringfügig in den Lebenshaltungskosten (Energiekosten) auswirken werden; vor allem aber, weil sie Preisforderungen anderer Wirtschaftsbereiche zur Folge haben könnten. Die Preiserhöhung in den Schlüsselbereichen Kohle und Stahl ist symptomatisch da-

für, daß dort, wo die Nachfrageberuhigung verhältnismäßig stark ausgeprägt war, die Gefahr einer weiteren Preisanhebung keineswegs auf absehbare Zeit gebannt worden ist, denn gerade durch die Dämpfung der Nachfrage sind zu einem Teil bereits Bedingungen geschaffen worden, die die an sich verschlechterte Kostensituation für diese Bereiche so fühlbar werden lassen, daß bei relativ nachlassendem Absatz eine Verbesserung der Kosten-Ertrags-Relation über Preissteigerungen versucht wird. Die Verschlechterung der Kosten-Ertrags-Relation in diesen Bereichen ist hierbei nicht nur auf die Entwicklung der Lohnsätze allein, sondern auch auf die Entwicklung der offensichtlich den Bedarf übersteigenden Beschäftigung selbst zurückzuführen. So zeigt die Statistik, daß gerade im Investitions- und Grundstoffbereich die Verlangsamung des Beschäftigungszuwachses wesentlich schwächer war als die Verlangsamung des Erzeugungs- und Umsatz-zuwachses. Diese Diskrepanz zwischen Beschäftigungs- und Erzeugungsentwicklung ist offensichtlich auf der einen Seite durch eine zu optimistische Beurteilung der zukünftigen Gewinn- und Absatzchancen und auf der anderen Seite durch eine zu pessimistische Einschätzung der zukünftigen Entwicklung des Arbeitsmarktes bedingt worden. Die hieraus resultierende verringerte Effizienz-zunahme in diesen Bereichen hat naturgemäß in Verbindung mit steigenden Lohnsätzen für die Gewinnsituation der hiervon betroffenen Unternehmungen Konsequenzen gehabt. Zwar konnte der verstärkte Einkommenszuwachs der Lohnempfänger bisher durch den verringerten Gewinnzuwachs der Unternehmungen ohne inflatorische Folgen für die Gesamtwirtschaft kompensiert werden. Inzwischen haben sich aber gerade die Lohnkosten in diesen Bereichen zu einem kritischen Faktor entwickelt, der die Preisentwicklung immer stärker beeinflusst.

## Entwicklung und Strukturveränderungen der Bevölkerung der SBZ und Ost-Berlin<sup>1)</sup>

An dieser Stelle<sup>2)</sup> ist schon mehrfach über die Entwicklung der Bevölkerung in der SBZ berichtet worden. Die neuerliche Publizitätsfreudigkeit der amtlichen sowjetzonalen Stellen, die im Interesse einer sachlichen Auseinandersetzung zu begrüßen ist, schafft erstmalig die Möglichkeit, die von uns errechneten Bevölkerungszahlen für die ganze Zeit von 1946 bis 1955 amtlichen Angaben gegenüberzustellen.

Bei Gegenüberstellung der Gesamtzahlen der Wohnbevölkerung stimmen die amtlichen Angaben mit verhältnismäßig geringen Abweichungen nach unten annähernd mit den von uns nach der Fortschreibungsmethode errechneten Daten überein. Eine größere Abweichung ergibt sich lediglich für das Jahr 1950, für

Bevölkerung in der SBZ und Ost-Berlin in 1000

Jahr	Mittlere Bevölkerung	Jahr	Mittlere Bevölkerung	Stand am 31. Dezember
1946	18 057	1951	18 351	.
1947	18 892	1952	18 328	18 300
1948	19 066	1953	18 178	18 112
1949	18 892	1954	18 059	18 002
1950 <sup>1)</sup>	18 388	1955	17 944	17 832

<sup>1)</sup> Stichtag 31. August (Volkszählung).

<sup>1)</sup> Quellen: „Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955“; „Wirtschaft und Statistik“ der BRD; Unterlagen des Bundesministeriums für Vertriebene.

<sup>2)</sup> Siehe auch Wochenbericht des DIW vom 24. 2. 1956.

das die amtliche sowjetzonale Zahl um rd. 400 000 Personen niedriger liegt, als sich nach unseren Berechnungen ergeben hatte.

Da den amtlichen sowjetzonalen Zahlen nur für die Jahre 1946 und 1950 Ergebnisse von Volkszählungen zugrunde liegen, kann der sich in einem von 1949 auf 1950 zeigende starke Rückgang um rd. 500 000 Personen darauf beruhen, daß bei der sowjetzonalen Fortschreibung die durch den Flüchtlingsstrom in den Jahren von 1946 bis 1950 entstandenen Verluste nur unzureichend erfaßt wurden und somit erst im Volkszählungsergebnis von 1950 ihren Niederschlag fanden. Ob die Differenz gegenüber der von uns ermittelten Zahl auf Schätzungsfehler von unserer Seite zurückgeht, nach deren Korrektur demnach auch unsere Fortschreibungen bis 1955 hin um rd. 400 000 Personen reduziert werden müßten, oder ob sie auf anderen Umständen beruht, ist nach den vorgelegten statistischen Daten noch nicht eindeutig zu klären.

Die Ergebnisse der sowjetzonalen amtlichen Fortschreibungen seit 1951 scheinen jedenfalls insbesondere in den Jahren 1951 bis 1953 die Flüchtlingsabwanderung bei der Berechnung der Gesamtbevölkerung nicht in ihrer tatsächlichen Höhe berücksichtigt zu haben, wenn nicht auch hier andere Umstände vorliegen, die bisher nicht erkennbar sind. Für 1955 stimmt die amtliche Darstellung wieder besser mit unserer Berechnung überein. Einer exakten Erfassung der Flüchtlingsverluste stehen aber leider nicht nur die

in diesem Falle unzulängliche Statistik der Wanderungsbewegung der Bundesrepublik entgegen, die Gesamt-Berlin mit der SBZ zusammenfaßt, sondern besonders der der Größe nach nur schwer abzuschätzende „illegale“ Wechsel zwischen den beiden deutschen Gebieten einschl. der Rückwanderung nicht anerkannter Flüchtlinge sowie die Fluktuation innerhalb Berlins.

Zur Bevölkerungsentwicklung  
in der SBZ und Ost-Berlin  
in 1000

Zeit	amtlich gemeldeter Bevölkerungsrückgang	Geburtenüberschuß	Wanderungsverlust	Flüchtlings-Anmeldung in West-schl. u. West-Berlin	Überschuß gegenüber Wanderungsverlust
31. 8. 50—31. 12. 52	88	215	303	410	107
1953	188	86	274	331	57
1954	110	74	184	184	—
1955	170	79	249	253	4
Zusammen	556	454	1 010	1 178	168

Die in Westdeutschland mit 1,178 Mill. festgestellte Zahl der Flüchtlingsanmeldungen ist nur ein Teil der Wanderungsbewegung. Die Rückwanderung von Flüchtlingen und normale Zuzüge aus der Bundesrepublik, West-Berlin und aus anderen Staaten nach der SBZ und nach Ost-Berlin können für die Zeit vom 31. August 1950 bis 31. Dezember 1955 auf rd. 200 000 Personen geschätzt werden. Im gleichen Zeitraum hat aber neben dem Flüchtlingsstrom auch eine normale Abwanderung stattgefunden, die mit etwa 250 000 bis 260 000 Personen angenommen werden darf. Neben der um 168 000 Personen höheren Flüchtlingszahl ist somit noch ein Wanderungsverlust der Zone von rd. 50 000 bis 60 000 Menschen anzusetzen. Der gesamte Bevölkerungsverlust muß demnach um etwa 220 000 bis 230 000 Personen höher liegen als die sowjetzonale Statistik angibt, so daß also die Bevölkerungszahl sich Ende 1955 auf nur noch rd. 17,6 Mill. stellen würde.

Während sich die bisherigen Untersuchungen mangels ausreichenden Materials fast ausschließlich auf die Entwicklung der Gesamtbevölkerung beschränken mußten, ist es jetzt möglich, gewisse gebietliche Strukturänderungen näher zu untersuchen. Besonders bedenk-

Strukturveränderungen der Bevölkerung  
und Geburtenüberschuß nach Bezirken<sup>1)</sup>

Bezirk	Veränderung der Wohnbevölkerung vom 31. 8. 50 bis 31. 12. 55 in vH			Geburtenüberschuß 1955 i. v. Tsd.
	Stadtkreise	Landkreise	zusammen	
Rostock . . . . .	+ 12,9	- 5,0	+ 0,1	+ 9,4
Schwerin . . . . .	+ 0,6	- 6,5	- 5,5	+ 7,4
Neubrandenburg . . . . .	—	- 4,4	- 4,4	+ 10,7
Potsdam . . . . .	+ 2,1	- 1,3	- 0,7	+ 4,6
Frankfurt . . . . .	+ 37,1	+ 0,5	+ 3,5	+ 5,7
Cottbus . . . . .	+ 5,9	- 1,2	- 0,6	+ 5,9
Magdeburg . . . . .	+ 0,4	- 6,2	- 5,1	+ 3,6
Halle . . . . .	+ 0,8	- 3,8	- 3,0	+ 5,3
Erfurt . . . . .	+ 0,6	- 6,1	- 4,8	+ 5,1
Gera . . . . .	+ 1,2	- 2,8	- 1,8	+ 4,3
Suhl . . . . .	—	- 3,5	- 3,5	+ 5,3
Dresden . . . . .	- 0,8	- 2,8	- 2,0	+ 3,2
Leipzig . . . . .	- 0,6	- 4,5	- 3,0	+ 2,8
Chemnitz . . . . .	- 3,8	- 5,4	- 5,0	+ 3,5
Ost-Berlin . . . . .	- 4,1	—	- 4,1	- 3,1
Zusammen . . . . .	- 0,2	- 4,0	- 3,0	+ 4,4

<sup>1)</sup> Gebietsstand 1. 1. 1956.

lich dürfte der in diesem Zusammenhang festgestellte überdurchschnittliche Bevölkerungsverlust der Landkreise sein, die mit 13,68 Mill. am 31. August 1950 über 70 vH der Gesamtbevölkerung umfaßten und bis Ende 1955 auf 13,14 Mill. zurückgegangen sind. Es kann hier durchaus von einer echten Landflucht gesprochen werden. Diese Tatsachen fallen um so stärker ins Gewicht, als gerade die Landkreise mit ihrer vorwiegend bäuerlichen Bevölkerung die höchsten Geburtenüberschüsse in der SBZ aufweisen.

Ähnlich wie in der UdSSR und den anderen Ostblockstaaten ist diese Entwicklung auch in der SBZ durch eine übersteigerte Industrialisierung systembedingt. Das wird besonders augenfällig in den Stadtkreisen der Bezirke Rostock (Werftindustrie) und Frankfurt a. O. (Eisenhüttenkombinat in Stalinstadt). Der Rückgang im Bezirk Chemnitz dürfte zum Teil mit den Veränderungen innerhalb der SDAG Wismut zusammenhängen, während Ost-Berlin mit seinem Sterbeüberschuß und den leichten Übertrittsmöglichkeiten zum Westen sowieso eine Sonderstellung einnimmt.

Bevölkerung nach Gemeindegrößen

in 1000 Personen; nach dem Stande vom 31. 12. 1955.

Größenklasse	Anzahl der Gemeinden	Bevölkerung am		Veränderung in vH
		31. 8. 50	31. 12. 55	
bis unter 10 000	9 544	9 568,4	9 028,9	-6,5
10 000 " " 20 000	116	1 624,0	1 641,1	+1,1
20 000 " " 50 000	75	2 448,7	2 428,3	-0,8
50 000 " " 100 000	14	1 024,7	1 051,1	+2,6
100 000 " " 1 000 000	9	2 533,3	2 542,9	+0,4
über 1 000 000	1	1 180,1	1 139,9	-4,1
Insgesamt	9 759	18 388,2	17 832,2	-3,0

Unterstrichen wird die allgemeine Feststellung einer Entvölkerung der ländlichen Gemeinden bis unter 10 000 Einwohnern durch deren mehr als doppelt so große Verluste gegenüber dem gesamten Durchschnitt der SBZ. Zunahmen weisen u. a. die Gemeinden zwischen 50 000 bis unter 1 000 000 auf. Die Steigerung bei den Gemeinden von 10 000 bis unter 20 000 wird fast ausschließlich von der Gemeinde Stalinstadt (Eisenhüttenkombinat) mit fast 16 000 Einwohnern getragen, die 1950 noch nicht bestanden hat.

Die Bevölkerung im arbeitsfähigen und nicht arbeitsfähigen Alter in vH der Wohnbevölkerung

Stichtag	Arbeitsfähig <sup>1)</sup>	Nicht arbeitsfähig (unter 15 Jahre)	Im Rentenalter
17. 5. 1939	67,5	21,4	11,1
29. 10. 1946	62,5	24,5	13,0
31. 8. 1950	63,3	22,9	13,8
31. 12. 1955	63,2	20,9	15,9
darunter Ost-Berlin			
31. 12. 1955	64,0	16,1	19,9

<sup>1)</sup> Männer 15 bis unter 65 Jahre, Frauen 15 bis unter 60 Jahre.

Leicht rückläufig ist der Anteil der arbeitsfähigen Bevölkerung. Diese Situation wird sich in den kommenden Jahren weiterhin verschärfen, da jetzt die geburtenschwachen Jahrgänge der Kriegs- und Nachkriegszeit wirksam werden und die stark besetzten älteren Jahrgänge in das Rentenalter kommen. Das gleiche Problem besteht auch für die Bundesrepublik, wenn auch nicht in dieser Schärfe. Dort entfielen Ende 1955 (einschl. West-Berlin) 66 vH auf die arbeitsfähige, 21 vH auf die unter 15 Jahre alte Bevölkerung und nur 13 vH auf Personen im Rentenalter.



23. FEB. 1957

Gegenstand	Einheit †)		1955							1956							
			Jul	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Jul	Aug.	Sept.
<b>Deutsche Notenbank<sup>1)</sup></b>																	
Bargeldumlauf . . . . .	Mill. DM-Ost	E	4671	4488	4591	4591	4357	4123	4346	4541	4747	4795	4576	4633	4633	4664	4820
<b>Wechselkurs (für 100 DM-Ost in West-Berlin<sup>2)</sup>)</b>	DM-West	D	20,80	20,80	21,30	21,55	21,60	22,20	23,35	24,15	24,50	24,50	24,80	25,20	25,55	24,65	24,40
<b>Warenpreise der HO<sup>3)</sup></b>																	
<b>Nahrungsmittel</b>																	
Brot (Standard)	kg	DM-Ost	M	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60
Weizenkleingebäck (Schrippe)	50 g	"	"	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05
Weizenmehl (Type W 630)	kg	"	"	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32
Nudeln, 40%	"	"	"	1,86	1,86	1,86	1,86	1,86	1,86	1,86	1,86	1,86	1,86	1,86	1,86	1,86	1,86
Reis, geschält und poliert	"	"	"	3,60	3,60	3,60	3,60	3,60	3,60	3,60	3,60	3,60	3,60	3,60	3,60	3,60	3,60
Kunstthong	"	"	"	1,36	1,36	1,36	1,36	1,36	1,36	1,36	1,36	1,36	1,36	1,36	1,36	1,36	1,36
Zucker (Raffinade)	"	"	"	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00
Eier	Stück	"	"	0,45	0,45	0,45	0,45	0,45	0,45	0,45	0,45	0,45	0,45	0,45	0,45	0,45	0,45
Vollmilch	Liter	"	"	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12
Butter	kg	"	"	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00
Margarine	"	"	"	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00
Käse 31—40% i. T.	"	"	"	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20
Rindfleisch (Kochfleisch)	"	"	"	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60
Schweinefleisch (Kotelett)	"	"	"	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20
Wurst (Braunschweiger)	"	"	"	13,60	13,60	13,60	13,60	13,60	13,60	13,60	13,60	13,60	13,60	13,60	13,60	13,60	13,60
<b>Genußmittel</b>																	
Bier, helles, 11,5% <sup>11)</sup>	0,33 l	"	"	0,48	0,48	0,48	0,48	0,48	0,48	0,48	0,48	0,48	0,48	0,48	0,48	0,48	0,48
Trinkbranntwein, 40% <sup>10)</sup>	0,70 l	"	"	9,25	9,25	9,25	9,25	9,25	9,25	9,25	9,25	9,25	9,25	9,25	9,25	9,25	9,25
Zigaretten, Preisklasse 3	10Stk.	"	"	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40
Rauchtobak, Feinschnitt	50 g	"	"	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
<b>Schuhe</b>																	
Herren-Rindbox } m. Leder-	Paar	"	"	84,50	84,50	84,50	84,50	84,50	84,50	84,50	84,50	84,50	84,50	84,50	84,50	84,50	84,50
Damen- } sohle	"	"	"	79,00	79,00	79,00	79,00	79,00	79,00	79,00	79,00	79,00	79,00	79,00	79,00	79,00	79,00
Herren- } Schweins- } m. Gummi-	"	"	"	25,25	25,25	25,25	25,25	25,25	25,25	25,25	25,25	25,25	25,25	25,25	25,25	25,25	25,25
Damen- } leder } sohle	"	"	"	10,24,60	10,24,60	10,24,60	10,24,60	10,24,60	10,24,60	10,24,60	10,24,60	10,24,60	10,24,60	10,24,60	10,24,60	10,24,60	10,24,60
Kinderschuhe, Vollleder	"	"	"	27,60	27,60	27,60	27,60	27,60	27,60	27,60	27,60	27,60	27,60	21,20	21,20	21,20	21,20
Bettwäsche - Leinen, 80cm br.	Meter	"	"	8,70	8,70	8,70	8,70	8,70	8,70	8,70	8,70	8,70	8,70	8,70	8,70	8,70	8,70
Braunkohlenbriketts <sup>4)</sup>	Ztr.	"	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
<b>Preise rationierter Waren<sup>5)</sup></b>																	
<b>Nahrungsmittel</b>																	
Zucker	kg	DM-Ost	M	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12
Eier	Stück	"	"	0,15	0,15	0,15	0,15	0,15	0,15	0,15	0,15	0,15	0,15	0,15	0,15	0,15	0,15
Vollmilch	Liter	"	"	0,32	0,32	0,32	0,32	0,32	0,32	0,32	0,32	0,32	0,32	0,32	0,32	0,32	0,32
Butter	kg	"	"	4,20	4,20	4,20	4,20	4,20	4,20	4,20	4,20	4,20	4,20	4,20	4,20	4,20	4,20
Margarine	"	"	"	2,16	2,16	2,16	2,16	2,16	2,16	2,16	2,16	2,16	2,16	2,16	2,16	2,16	2,16
Rindfleisch (Kochfleisch)	"	"	"	2,10	2,10	2,10	2,10	2,10	2,10	2,10	2,10	2,10	2,10	2,10	2,10	2,10	2,10
Kartoffeln	"	"	"	0,29	0,18	0,12	0,12	0,12	0,12	0,12	0,12	0,12	0,12	0,12	0,29	0,20	0,12
Braunkohlenbriketts	Ztr.	"	"	1,92	1,92	1,92	1,92	1,92	1,92	1,92	1,92	1,92	1,92	1,92	1,92	1,92	1,92
<b>Interzonenhandel<sup>6)</sup></b>																	
Bezüge aus dem Währungsgebiet der DM-West	1000 VE <sup>6)</sup>	S															
dav. a) aus Westdeutschland	"	"															
dar. Nahrungsmittel	"	"	34786	39671	44666	52813	60790	98375	39642	35007	70985	51718	42131	60456	71625	50674	.
Strom und Gas	"	"	31845	36150	41732	49522	56195	91174	33081	30253	63507	47937	37626	57181	64246	47883	.
Eisen und Stahl	"	"	2843	2577	1520	6248	8792	17967	11668	3698	6467	5861	6361	7507	3989	4315	.
Chemische Erzeugnisse	"	"	660	937	826	710	668	1502	.	.	.	.	.	.	.	.	.
b) aus West-Berlin	"	"	5144	5055	5806	6634	7122	12825	1634	2912	13708	8916	5996	10080	8868	9518	.
dar. Elektrotechn. Erzeugnisse	"	"	4646	3587	6302	6510	7027	12337	4141	3219	6641	5897	6101	11476	9607	5442	.
Lieferungen in das Währungsgebiet der DM-West	"	"	2941	3521	2934	3291	4595	7201	6561	4754	7478	3781	4505	3275	7379	2791	.
dav. a) nach Westdeutschland	"	"	63	443	211	365	1199	554	1378	667	388	386	1029	1049	1376	478	.
dar. Strom	"	"	46921	41523	59155	56763	67351	79783	48930	35734	48073	51135	6)60508	6)37778	57736	55253	.
Benzin, Öl, Teer usw.	"	"	37209	34378	49069	46747	53526	65634	34433	30389	40042	41251	45165	50729	45201	46604	.
Maschinen	"	"	12	13	17	17	16	16	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Textilien	"	"	4094	4633	10855	5636	7761	8557	6929	6144	6109	5806	9022	8747	7477	6556	.
b) nach West-Berlin	"	"	5158	4082	5288	4759	5958	7654	3701	3189	5400	5290	4708	5949	6494	5562	.
dar. Braunkohlenbriketts	"	"	6612	4727	6670	8971	9042	9788	5794	4463	6847	5715	5817	8161	7892	7939	.
	"	"	9712	7145	10086	10016	13825	14149	14497	5345	7631	9884	1)15343	1)3049	12535	8649	.
	"	"	4582	3567	3923	4686	5235	3872	4908	1231	4157	4920	130	4798	4718	273	.
<b>Außenhandel<sup>7)</sup></b>																	
<b>Einfuhr aus der Sowjetzone</b>																	
Belgien-Luxemburg	1000 \$	S	662	765	618	663	674	849	475	393	572	689	616	.	.	.	.
Dänemark	"	"	660	1411	1180	1769	1341	1249	1300	716	639	1015	2254	1156	792	1671	.
Finnland	"	"	2819	2030	1653	1582	1784	2369	1669	859	664	809	1703	1840	2133	2069	.
Frankreich	"	"	29	257	95	202	254	314	493	193	183	402	271	.	.	.	.
Großbritannien	"	"	325	549	552	665	941	955	1113	810	675	393	284	424	.	.	.
Italien	"	"	362	417	661	542	725	870	810	567	539	318	340	.	.	.	.
Niederlande	"	"	1218	1044	1132	1159	1184	1189	1538	963	747	1060	852	1232	.	.	.
Norwegen	"	"															